

Juli 2020

Newsletter

Florian Post MdB

Liebe Freundinnen und Freunde!

Neben Terminen im Wahlkreis, die nun auch im öffentlichen Leben nach den Corona-Lockerungen wieder vermehrt stattfinden, gab es auch in der parlamentarischen Arbeit im Bundestag noch viel für mich zu tun.

Neben dem konkreten Einsatz für einen kommunalen Rettungsschirm, konnte ich als zuständiger Abgeordneter die Verhandlungen mit der Union für das "Gesetz zur Bekämpfung von Hasskriminalität und Rechts extremismus im Netz" zum Abschluss bringen und es auch in 2. und 3. Lesung im Deutschen Bundestag vorstellen.

Dennoch wird die Arbeit sicher nicht weniger. Gerade die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie werden wir noch lange spüren. In der Bewältigung der damit zusammenhängenden Aufgaben kommt es gerade auf uns Sozialdemokraten an!

Ich freue mich, wenn ihr Euch mit Fragen zu meiner Arbeit auch direkt an mich wendet und wünsche Euch nun eine interessante Lektüre!

Passt auf Euch auf! Euer



Rechtsextremismus und Hasskriminalität bekämpfen



“

Mit dem Gesetz sollen Straftaten im Netz konsequent verfolgt werden!

”

Die Diskussions- und Debat-
tenkultur im Netz, vor allem in
sozialen Netzwerken hat sich
in den letzten Jahren in eine
besorgniserregende Richtung
entwickelt. Mehr als drei Vier-
tel aller von der Polizei
registrierten Hasskommentare
sind rechtsextremistisch. Hass
und Bedrohungen im Netz
sind Nährboden für tatsächliche
Gewalttaten. Die Morde in
Hanau, Halle und Kassel haben
auf traurige Weise gezeigt, wie
schnell aus Worten Taten
werden können. **Es war daher
dringend erforderlich, gegen
diese Entwicklung entschieden
vorzugehen.**

Daher haben wir in der Sitzungswoche KW 25 im Parlament das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität verabschiedet. Es enthält unter anderem Verschärfungen im Strafrecht. So wird der Straftatbestand der Bedrohung erweitert und der Strafrahmen bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen deutlich erhöht. Antisemitische Tatmotive werden als strafverschärfend eingestuft.

Rechtsextremismus und Hasskriminalität bekämpfen

Fortsetzung von Seite 2

Besonderes Augenmerk bekommt die kommunale Ebene. Zunehmend werden Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bedroht und eingeschüchtert und das kann dazu führen, dass Menschen sich aus Angst gar nicht mehr politisch oder zivilgesellschaftlich engagieren. Das erschüttert unser demokratisches System in seinen Grundfesten und ist nicht hinnehmbar. **Daher sind nun auch Politikerinnen und Politiker auf kommunaler Ebene unter den besonderen Schutz von Personen des politischen Lebens vor übler Nachrede oder Verleumdung nach §188 Abs. 1 StGB gestellt.** Ein längst überfälliger Schritt.

Außerdem enthält der Gesetzentwurf **Änderungen im Melderecht.** Gefährdete Personen, wie beispielsweise gesellschaftlich Engagierte, können leichter eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen lassen und sich so vor der Weitergabe ihrer Privatadresse schützen.

Mit dem Gesetz sollen Straftaten im Netz konsequent verfolgt werden. Denn unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit Straftaten zu begehen, die nicht verfolgt werden, ist eine Entwicklung, die wir als Rechtsstaat nicht akzeptieren dürfen.

Dazu wird eine Meldepflicht der Betreiber sozialer Netzwerke für bestimmte strafbare Inhalte, wie Mord- oder Vergewaltigungsdrohungen, Volksverhetzung oder Neonazi-Propaganda verankert. Damit sollen über das Löschen oder Sperren hinaus, solche Inhalte vor Gericht gebracht und die Täter zur Rechenschaft gebracht werden.



Link zu meiner Rede



Gespräch mit IG-Metall



25. Juni 2020

Am 25. Juni besuchten uns die beiden Bevollmächtigten der IG-Metall München, Horst Lischka und Roberto Armellini, im Bürgerbüro des Münchner Nordens, um mit Claudia Tausend, Florian von Brunn und mir die Auswirkungen der Pandemie auf Münchner Unternehmen zu erörtern.

Florian Post MdB für München

Mitglied im Ausschuss
für Recht und Verbraucherschutz

Mitglied im Ausschuss
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de

Tel: 089 - 18 94 65 38

Fax: 089 - 18 94 65 39



www.florian-post.de

Kostenlose Bürgerberatung

In meinem Wahlkreisbüro finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über mein Wahlkreisbüro.